

erpolitische Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich warb, sondern auch für ein deutsch-französisches Unternehmen nach dem Vorbild von Airbus zur Vorbereitung der energiepolitischen Wende.

„Deutschland hat einen Vorsprung bei der Entwicklung erneuerbarer Energien“, sagte er. „Bei der Speiche-

rung von Energie und Energienetzen können wir zeigen, dass wir zur Avantgarde gehören.“

Die Reaktion aus Deutschland zu diesem Vorstoß war verhalten. Die deutsch-französische Debatte über die zukünftige Klimapolitik und die Energiewende könnte dadurch aber belebt werden.

GRIECHENLAND

Susanna Vogt | Maria Kottari | Iakovos Dimitriou

Im letzten Jahrzehnt haben sich in Griechenland die politischen und medialen Diskurse in zunehmend systematischer und kohärenter Weise mit den Einflüssen des Klimawandels auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Frage eines angemessenen Klimaschutzes auseinandergesetzt.

Die Regierung Papandreou (2009 bis 2011) gab dabei mit ihrem Modell einer „Grünen Entwicklung“ einen wichtigen Anstoß für die Diskussion über Klimaeinflüsse. Zwei ehrgeizige Projekte namens „Zukunft gestalten“ und „Sparen im Haushalt“ hatten das Ziel, durch eine energieeffiziente Gebäudesanierung den EU-weit unübertroffenen Energieverbrauch der griechischen Haushalte und damit auch die Energiekosten für Geringverdiener zu reduzieren. Außerdem stellt die Gründung eines Ministeriums für Energie, Umwelt und Klimawandel einen wichtigen Meilenstein dar. Damit sollte ein integrierter Ansatz ermöglicht werden, der Energiepolitik, Umweltschutz und Klimawandel als miteinander verflochtene Problematiken ansah und mit einem holistischen Ansatz behandeln wollte. Der Klimaschutz sollte dabei zu einem wesentlichen Bestandteil der griechischen Energiepolitik werden. Seit dem Auftreten der Verschuldungskrise Griechenlands 2010 leiden jedoch auch die Themen Umwelt- und Energiepolitik an der mangelnden politischen Gestaltungsfähigkeit und -kapazität, da alle Kräfte von der Krisenbewältigung absorbiert wurden und bis heute werden.

Zusammen mit der zuständigen Ministerin wollte Papandreou den Umweltschutz mit einem neuen Wachstumsmodell verbinden, das Treibhausgasminimierung, nachhaltige Ressourcennutzung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Verbesserung der Lebensqualität vereinte. Damit wurde zumindest das Thema politisch auf die Agenda gehoben, auch wenn sich die Debatte seitdem – auch im Kontext der Ver-

schuldungs- und Wirtschaftskrise im Land – eher auf die Themen Energiesicherheit und strategische Energiepolitik konzentriert. Dabei ist vor allem die mögliche Partnerschaft mit Israel und Zypern von großem Interesse für Griechenland.

In Griechenland finden sich zahlreiche Umweltschutzvereine und zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich national und lokal für eine Erhaltung der Flora und Fauna sowie der maritimen Lebensräume engagieren. Das Ausmaß und die globale Bedeutung der Klimaveränderungen gaben außerdem Anlass zu einer Reihe wichtiger Studien (WWF Hellas, Bank of Greece, Nationales Observatorium Athen, Institut für Umweltforschung und Nachhaltige Entwicklung), in denen die Einflüsse des Klimawandels auf Umwelt und Gesellschaft analysiert wurden. Griechische Internetseiten zum Thema Energie (www.energia.gr, www.energypress.gr, www.econews.gr) nehmen sich vermehrt der Klimaproblematik an, wodurch sie den öffentlichen Dialog bereichern und die Allgemeinheit für Klimafragen sensibilisieren wollen. Die Hellenic Foundation for European and Foreign Policy rief in Kooperation mit dem European Centre for Environmental Training and Research an der Panteion-Universität Athen und der Griechischen Gesellschaft für Umwelt und Kulturerbe eine Initiative mit dem Titel „Übergang zu einem Grünen Griechenland 2010–2020“ ins Leben, die durch einen offenen, internetgestützten Dialog zwischen Akademikern, Kommunalpolitikern, NGOs und Wirtschaftsvertretern Vorschläge für ein Grünes Wachstum hervorbringen soll.¹

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Griechenland bereits sichtbar. Der voraussichtliche Temperaturanstieg wird die bereits jetzt schwierigen Lebensbedingungen vieler Bewohner von Städten noch

1 | Initiative „Übergang zu einem Grünen Griechenland 2010–2020“, <http://diavouleusi.eliamep.gr> [28.07.2014].

verschärfen, was auch Konsequenzen im Gesundheitswesen zeitigen dürfte. Eine verstärkte Klimatisierung von Gebäuden in städtischen und touristischen Gebieten könnte in Zukunft zu Engpässen und Überlastungen im Stromnetz führen. Sichtbar wurde das Szenario im August 2013 als auf Santorini, einem beliebten Reiseziel, nach einem Unfall im örtlichen Elektrizitätswerk vier Tage lang der Strom ausfiel. Unmittelbar betroffen war die Wasserversorgung, da die Entsalzungsanlage den Betrieb einstellen musste. Darüber hinaus wird Griechenland im Sommer immer wieder von großen Waldbränden heimgesucht. Diese sind, in Verbindung mit rückläufigen Niederschlägen und vermehrt auftretenden, extremen Wetterereignissen wie Überschwemmungen, eine Belastung für die ländlichen Regionen und schmälern die Erträge der Landwirtschaft. Auch wird der Anstieg des Meeresspiegels nicht ohne Folgen für die ausgedehnten Küsten Griechenlands bleiben. Viele Küstengebiete und Inseln würden überschwemmt, und es wäre mit Küstenerosion zu rechnen. Beide Phänomene hätten deutliche Konsequenzen für den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerungen und den Küstentourismus, der allein 15–18 Prozent des griechischen BIP ausmacht.

Griechenland ist hochgradig abhängig von importierten Energieträgern, und der massive Einsatz fossiler Brennstoffe gefährdet die Umwelt. Aufgrund der begrenzten bisher erschlossenen Bodenschätze ist Griechenland sich der großen Bedeutung guter Beziehungen zu den Lieferantenländern, allen voran Russland, bewusst, um einen günstigen Zugang zu Energieressourcen zu erhalten. Gleichzeitig versucht Griechenland sein Potenzial als Transitland zu nutzen, um die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger auszugleichen. Der Bau der Transadriatischen Pipeline (TAP) gibt Griechenland die Chance, eine der wichtigsten Transitrouten für aserbaidjanisches Erdgas in europäische Märkte im Land zu verankern, wodurch Griechenland selbst und auch die EU ihre Abhängigkeit von russischem Gas mindern könnten. Jedoch könnte sich diese Situation ändern: Die jüngsten Entdeckungen großer Erdgaslagerstätten vor den Küsten Israels und Zyperns machen den östlichen Mittelmeerraum zu einer vielversprechenden Erdgasförderregion und Griechenland zu einem wichtigen Bindeglied auf dem Transportweg in die EU-Märkte. Das Potenzial zur Förderung von Gas in der Region Kreta und im Ionischen Meer hat international Interesse geweckt.

Griechenland hat innerhalb der EU-Rahmenpolitik und Strategie für Klima- und Umweltschutz konkrete Gesetze und Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Gesetz 4042/2012 (Umsetzung der Richtlinie



Die installierte Windkraftleistung hat sich in Griechenland seit 2008 mehr als verdoppelt. 2006 ging der mit 40 Anlagen größte Windpark des Landes im Panachaiko-Gebirge ans Netz.

2008/99/EC) zur Stärkung des Umweltschutzes durch das Strafrecht erweitert die Eingriffsmöglichkeiten des Staates, indem es effektive Umweltschutzmaßnahmen aufzeigt und implementiert sowie die strafrechtliche Ahndung umweltschädlicher Handlungen ermöglicht. Teile der Bestimmungen des Gesetzes – Rechtsrahmen zur Abfallerzeugung und -beseitigung (Umsetzung der Richtlinie 2008/98/EC) – regeln das Abfallmanagement zum Schutz der allgemeinen Gesundheit und der Umwelt und fördern gleichzeitig das Recycling. Neben der Einführung der ausgedehnten Erzeugerverantwortung wurde ein nationaler Abfallmanagementplan beschlossen. Dennoch bleiben sicherlich große Potenziale der Energiegewinnung aus sinnvoll sortiertem Abfall nicht ausgeschöpft.

Entsprechend den verbindlichen Regeln der EU zur Erreichung der 20-20-20-Ziele fördert Griechenland die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (Gesetz 4062/2012, Umsetzung der Richtlinie 2009/28/EC). Griechenland ist reich an Möglichkeiten zur regenerativen Energiegewinnung in allen drei Bereichen Wasserkraft, Windkraft und Solar, und ein Ausbau dieser Sektoren würde der Wirtschaft ebenso zugutekommen wie Gesellschaft und Umwelt. Dennoch werden diese Quellen bisher nicht ausreichend genutzt, und trotz staatlicher Investitionsanreize erfreut sich der Sektor der erneuerbaren Energien bisher fast ausschließlich bei ausländischen Investoren einer ausgeprägten Beliebtheit. Die Nutzung erneuerbarer Energien brächte dem Land zahlreiche Vorteile – unter anderem die inländische Erzeugung sauberen Stroms ohne CO₂-Emissionen, weniger Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, eine Verbesserung

der Energiesicherheit der griechischen Inseln, eine Dezentralisierung der Stromproduktion sowie Mehreinnahmen für die Kommunen.

Zwar konnte der Anteil erneuerbarer Energien am griechischen Energiemix in den letzten zehn Jahren erhöht werden. Die weitere Entwicklung dieses Sektors steht jedoch vor diversen Hindernissen. Trotz deutlicher Fortschritte ist das Investitionsumfeld im Bereich erneuerbarer Energien in Griechenland weiterhin instabil. Die steuerlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sind nach wie vor ständiger Veränderung unterworfen. Die seit kurzem rückwirkend erhobene „Solidaritätssteuer“ auf erneuerbare Energien (Windkraft und Fotovoltaik) hat das Investitionsklima weiter beeinträchtigt und bisherige Anstrengungen, die bürokratischen Hemmnisse abzubauen, blieben weitgehend erfolglos.

Das über lange Zeit, auch gemeinsam mit Partnern in Deutschland, diskutierte ehrgeizige Projekt HELIOS sollte Griechenland zum EU-weit ersten Großexporteur erneuerbarer Energien machen. HELIOS verband energiepolitische, umweltpolitische und ökonomische Elemente: Dekarbonisierung, Nutzung nationaler Ressourcen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Teilhabe privater Investoren am griechischen Strommarkt. Diese disparaten Ziele, Fragen der marktkonformen Stromerzeugung und -abnahme sowie die technischen und finanziellen Einschränkungen verhinderten jedoch die Umsetzung des Projektes, in das sicherlich von Beginn an zu hohe Erwartungen gesteckt wurden. Der Reaktorunfall von Fukushima im Jahr 2011 wurde in den griechischen Medien zwar ausführlich thematisiert, was Umweltzerstörung und Klimawandel kurzzeitig zum allgegenwärtigen Gegenstand der öffentlichen Debatte machte. Allgemein ist Atomkraft in Griechenland kein Thema, das Land hat kein Atomkraftwerk und verfügt lediglich über einen Forschungsreaktor nahe Athen. Man ist sich jedoch der umliegenden Gefahren bewusst – auch im Nachgang der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, von der Griechenland betroffen war. Die Möglichkeit eines Unfalls im bulgarischen AKW Kosloduj oder in der geplanten Anlage in der türkischen Provinz Mersin an der südlichen Mittelmeerküste gibt Grund zur Besorgnis.

Auf internationaler Ebene hat Griechenland als Unterzeichnerstaat des Kyoto-Protokolls das verbindliche Ziel, den Anstieg der Treibhausgasemissionen zwischen dem Vergleichsjahr (1990) und der Periode 2008 bis 2012 auf 25 Prozent zu begrenzen, bereits übertroffen. Im Jahr 2010 waren die Emissionen um 10,6 Prozent gegenüber dem Basisjahr angestiegen und mithin im Zielbereich. Dies spiegelt jedoch auch den Rückgang wirtschaftlicher Aktivität im Zuge der

bereits in dem genannten Zeitraum beginnenden Wirtschaftskrise wider. Betrachtet man die Treibhausgasemissionen pro BIP-Einheit, so bildet Griechenland das Schlusslicht der EU (0,61 Kilogramm CO₂-Äquivalent je BIP-Einheit), wenngleich auch gegenüber 1990 eine erhebliche Verbesserung zu verzeichnen ist.

Die Fakten zeigen, dass Griechenland auf dem Weg zum Klimaschutz bereits wichtige Schritte zurückgelegt und konkrete Maßnahmen ergriffen hat. Für einen Großteil der griechischen Bürger ist Klimawandel aber weiterhin ein vager Begriff. Das wachsende Interesse an Umwelt- und Klimaschutz geht hauptsächlich auf Akteure des zivilen und privaten Sektors zurück. Der griechische Energiemix weist immer noch eine hohe Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern auf, und die Energiepolitik wird vom Gedanken der Versorgungssicherheit dominiert. Die Wirtschaftskrise behindert maßgeblich die Förderung erneuerbarer Energien und erleichtert umweltschädliche Aktivitäten wie z. B. den massiven Einsatz von Kaminheizungen in den Städten im Winter und die daraus resultierende Smogbildung oder auch die intensiviertere Nutzung von Braunkohle zur kostengünstigen Stromerzeugung durch den staatlichen Energiekonzern.